

Der Hallische Courier

(im Schwetschke'schen Verlage)

Beitung für



Stadt und Land.

In der Expedition des Hallischen Couriers (Schwetschke). — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 320.

Halle, Sonnabend den 12. Juli
Zweite Ausgabe.

1851.

Der Vierteljährliche Abonnements-Preis beträgt für unsere unmittelbaren Abnehmer 22 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Die auswärtigen Bestellungen auf unsere Zeitung bitten wir bei den königlichen Postanstalten unter Angabe unseres Zeitungstitels

Hallischer Courier bei Schwetschke

zu machen und alle brieflichen und sonstigen schriftlichen Zusendungen von Bekanntmachungen zc. unter der Adresse:

An die Expedition des Hallischen Couriers (Schwetschke)

an uns gelangen lassen zu wollen.

Deutschland.

Berlin, d. 10. Juli. Das Correspondenz-Bureau, dessen halb-offizielle Stellung mehrmals hervorgehoben wurde, stellt heute die Gerüchte von einer nahen Ministerkrisis völlig in Abrede.

Durch Verfügung des Herrn Ministers des Innern vom 4. d. M. sind die Ober-Präsidenten von Brandenburg, Preußen, Schlesien, Sachsen und Westphalen angewiesen worden, zur Ergänzung der Provinziallandtags-Abgeordneten, deren Mandat gegenwärtig nicht mehr fortdauert, für alle Fälle vorzuschreiten, wo die Mandate der Provinziallandtags-Abgeordneten und Stellvertreter — sei es wegen Ablaufs der Wahlperiode, Tod, Verlust der Qualifikation oder Resignation zc. erloschen sind.

Das Ministerium soll insofern zu Gunsten der vom Herzog von Augustenburg beim Bundestage eingereichten Beschwerde vom 22. Juni einzutreten gewillt seyn, als man hier der Ansicht sein soll, daß der Herzog sich nicht durch Theilnahme an einem Kampfe, der damals im Namen Deutschlands geführt wurde, eines Hochverraths könne schuldig gemacht haben, daß also die in Folge solcher Annahme erfolgte Konfiskation der Güter desselben ungerechtfertigt erscheine, und es Pflicht des Bundestages sei, seine Vermittelung bei dem Könige von Dänemark einzutreten zu lassen, um dem Herzoge zu seinem Rechte zu verhelfen. Es wird hinzugefügt, daß es dies Mal besonders das Votum des preussischen Bevollmächtigten von Rochow war, welches zu Gunsten der Annahme dieser Beschwerde durch den Bundestag den Ausschlag gab, und daß hinwiederum diese Beschwerde die Veranlassung zur Ernennung eines generellen sogenannten Reclamations-Ausschusses wurde, in welchen die Gesandten von Hannover, Hessen-Darmstadt, den thüringischen Staaten, Mecklenburg und Pommern gewählt worden sind.

Der „Schles. Bzg.“ schreibt man: Um schnell eine möglichst vollständige Uebersicht über das zu erwartende Resultat der diesjährigen Ernte aus dem ganzen Staate zu erlangen, hat das Königl. Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten so eben die sämtlichen Landrathämter angewiesen, binnen 8 Tagen einen Rapport über die Totalfläche und über die Ackerfläche der ihnen untergebenen Kreise und wie viel davon guter zum Weizenbau geeigneter Boden in preussischen Morgen, so wie über das wahrscheinliche durchschnittliche Resultat der Ernte beim Weizen, Roggen, der Gerste, dem Hafer, den Erbsen, den Desfrüchten, den Kartoffeln und den Futterkräutern unter den Aebitken: gut, mittelmäßig, schlecht, direkt an das Ministerium zu erstatten. Zum 15. Aug. ist ein zweiter Rapport einzureichen.

Das Sigmaringer „N. u. A. Bl.“ enthält das Gesetz über die Einführung des Strafgesetzbuchs für die preussischen Staaten vom 14. April 1851, wonach das Strafgesetzbuch im ganzen Umfange der Monarchie mit dem 1. Juli 1851 in Kraft tritt; — und eine Bekanntmachung, die Wahlen zur ersten und zweiten Kammer in den hohenzollernschen Landen betreffend, wonach die für die Wahlen erforderlichen Vorarbeiten nunmehr ungefähr in Angriff zu nehmen sind.

Man schreibt dem Constitutionellen Blatt aus Böhmen aus Wien vom 8. Juli: Das Projekt Preußens, mit dem Großherzogthum Posen und seinen Disseprovinzen aus dem Deutschen Bunde austreten zu wollen, ist, wie man sich versichert, vor ertlichen Tagen ein Gegenstand der Verhandlung zwischen dem Fürsten Schwarzenberg und dem Grafen Arnim gewesen. Der Graf soll nämlich erklärt haben, daß Preußen, um mit allen revolutionären Kombinationen der

verflochtenen drei Jahre auf das entschiedenste zu brechen, dieses Projekt gefaßt habe, indessen die Ausführung lediglich von der Haltung Oesterreichs wegen des Gesamteintritts in den Bund abhängig machen werde. Graf Arnim ersuchte um eine bestimmte Erklärung, die ihm der Fürst auch alsogleich gab und welche dahin ging, daß Preußen in seinem Verfahren nach eigenem Willen thun möge, während Oesterreich eine gleiche Handlungsweise für sich beanspruche.

Altona, d. 9. Juli. Von den schleswighischen Flüchtlingen sind hier und in Kiel nur noch äußerst wenige anzutreffen. Die Erlaubniß zur temporären Rückkehr zur Ordnung ihrer Verhältnisse haben gar viele benützt. Das diesbezügliche Formular lautet ungefähr folgendermaßen:

Küstenhaltort und Datum. N. N. erucht allenunterthänigst um Erlaubniß, nach dem Herzogthum Schleswig zurückkehren zu dürfen. An den König! Der Unterzeichnete, welcher seine Heimath unter den Umständen der letzten Jahre verlassen hat, wünscht zu dem Zwecke (hier wird der Zweck angegeben) auf kurze Zeit zurückzukehren. Ich wage es deshalb, hierdurch allerunterthänigst um die allergnädigste Erlaubniß zu ersuchen, meinen Aufenthalt auf (Tage oder Wochen) in dem Herzogthum Schleswig, und zwar in N. N. nehmen zu dürfen, unter den Bedingungen, welche Ew. Majestät mir vorschreiben geruhen möchten. Allerunterthänigst N. N.

Samburg, d. 9. Juli. Für das Trostlose unserer Zustände liefert die neuerdings geschehene Verhaftung eines hamburgischen Staatsangehörigen, der einen bereits geschlichteten Streit mit österreichischen Soldaten gehabt hatte, durch eine von Altona entandene Patrouille und seine Abführung auf fremdes, hollsteinisches Gebiet ein redendes Beispiel. — Als ein noch traurigeres Zeichen der jetzigen Constellation, ein wenigstens noch isolirt dastehender Beweis dafür, daß die Unfreiheit nicht bloß in der Gestalt eines rohen, äußeren Zwangs auftritt, sondern in's Innere dringt, die Gemüther unterjocht, verdient erwähnt zu werden, daß die Wirthe von Eimsbüttel und Eppendorf, die durch die Abstellung der gleichnamigen Jahrmärkte einen namhaften Verlust erleiden, sich an den kaiserlichen Oberbefehlshaber mit der Supplik gewendet haben, die Abhaltung dieser Jahrmärkte gnädigst gestatten zu wollen. Der Höchstkommandirte soll sich durch dieses Ansuchen höchlich geschmeichelt gefühlt und zugesichert haben, die einschlägigen Schritte in dieser Angelegenheit zu thun. Es steht nun zu hoffen, daß unser Senat, welcher das Verbot, wenn auch nicht auf die Anforderung, aber doch in Rücksicht auf die Oesterreicher erlassen, daselbe nun auch standhaft aufrecht erhalten werde, damit nicht dem Befehlshaber einer fremdbherrlichen Truppe der Wahn bescheide, daß er hier nicht nur die Macht zu binden, sondern auch die zu lösen habe. (S. 3.)

Italien.

Rom, d. 1. Juli. Der Papst ist nach Castel-Sandolfo abgereist.

Frankreich.

Paris, d. 8. Juli. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung verlas Tocqueville den Bericht der Revisions-Kommission. Folgendes sind die Haupt-Gedanken seines Berichts: „Die Revisions-Kommission hat sich die beiden Fragen stellen müssen: Ist die gegenwärtige Verfassung überhaupt mangelhaft, so daß sie einer Revision bedarf, und wenn dies der Fall ist, sind die Mängel so bedeutender Art, daß die Revision dringend notwendig wird? Niemand hat die Mängel der Verfassung bestritten. Allein eine Minorität der Kommission hat eingewandt, daß sie nur, wie jedes Men-

schwerf, unvollkommen sei und keinesweges die ihr zur Last gelegten Uebelstände verursacht habe, woran vielmehr die monarchischen Parteien und die Executiv-Gewalt durch ihre feindseligen Tendenzen gegen die Republik schuld seien. Die Majorität der Kommission hat diese Ansicht nicht getheilt: ganz abgesehen von einigen besonderen Ursachen sind es hauptsächlich die inneren Mängel der Verfassung selbst, die den unsicheren und angstvollen Zustand des Landes hervorgebracht haben. Die Verfassung von 1848 macht die Regierung unruhig und unbeständig; sie verlangt mehr Mäßigung und Selbstverläugnung, als man den Menschen zumuthen kann. Ihre Hauptfehler sind: Die listenweise Wahl der Volksvertreter durch die Departements, die oft die Kandidaten nicht einmal dem Namen nach kennen; der beiderseitige Ursprung, die Natur und die Beziehungen der zwei Staatsgewalten, wovon die eine allein das Recht und allmächtig ist, während die andere, ihr zu gehorchen gezwungen, direct vom Volke erwählt ist, die also beide zum Kriege verdammt sind und keinen Schiedsrichter zwischen sich haben. Ist es nun auch in der Wirklichkeit dringend nothwendig, die Verfassung zu revidiren? Die Frage von der Revision der Verfassung hat sich einmal gestellt und sie ist von der Art, daß sie nicht schweben bleiben kann, sondern müthig gelöst werden muß. Die Minorität wendet theils das Gesetz vom 31. Mai, das einen Theil der Nation seines Antheils an der Ausübung seiner Souveränität beraubt habe, theils die Spaltung der Parteien, welche es unmöglich mache, daß aus einer neuen Constituierenden irgend eine einseitige Idee hervorgehe, theils die Gefahr der Revision ein, da viele, welche dieselbe verlangen, im Grunde nur das Land zum Besten ihrer besonderen Interessen in Aufregung versetzen wollen. Die Majorität läugnet diese Gefahr nicht, hält es aber für nothwendig, ihr entgegen zu gehen. In freien und demokratischen Ländern muß man auf die Massen achten und ihr Vertrauen zu erhalten suchen. Es ist aber eine Thatsache, daß die Massen aufgeregter sind und in einem unbestimmten Instinct eine Veränderung verlangen. Bei dem gleichzeitigen Aufhören der beiden Staatsgewalten im Jahre 1852 ist ferner das einzige Mittel, die Anarchie oder ihren Uebergang in unconstitutionelle Hände zu verhindern, die Berufung einer neuen Constituierenden, die in ihren Händen die ganze Souveränität der Nation vereinigt. Die Nation, die eine dreijährige Krise mit beispiellosem Muthе bestanden hat, ist erschöpft und doch voll Unruhe. Wäre es nicht zu fürchten, daß die Wähler aus Furcht vor der Anarchie und Schrecken vor der Ungewißheit widergesichtlich die gegenwärtige Exekutivgewalt in der Regierung zu erhalten suchten? Und wenn dieselbe gegen die Verfassung wiedererwählt wird, so ist die ganze Verfassung umgestürzt und Alles kann versucht werden. Die Nationalversammlung würde in diesem Kampfe ohne allen Zweifel die Macht behalten, wie sie das Recht hat. Aber würde sie ihre eigenen Gewalten niederlegen können und nicht selbst gezwungen sein, das Gebiet der Gewalt und des Zufalls zu betreten? Es ist klar, daß es bei dem Status quo zu einer Krise kommen würde, die zur Usurpation oder zur Anarchie, zum Untergange der Republik und vielleicht der Freiheit führen muß. Die Berufung einer Constituierenden ist daher noch die geringste Gefahr, und die Kommission schlägt dem entsprechend die Resolution vor, daß die Verfassung in ihrer Gesamtheit revidirt werde.“ Der Bericht lehnt hierauf die Frage: Monarchie oder Republik? bei dieser Gelegenheit ab, da die Kommission anerkenne, daß eine republikanische Versammlung nicht das Recht habe, sie zu stellen, obschon die Kommissions-Majorität auch nicht die Absolutheit der Republik als einziger Ausdruck der National-Souveränität zugestehen könne. Er will aber auch nicht die Souveränität der Constituierenden durch den Wunsch der Erhaltung der Republik beschränken, obschon alle Parteien anerkennen, daß dieselbe für jetzt die einzig mögliche Regierungsform ist. „Ueber einen letzten Punkt ist die Kommission ganz einstimmig gewesen: wenn die gesetzlichen Verträge zur Revision der Verfassung scheitern, so ist sie von Neuem geheiligt, alle Welt muß sich ihr unterwerfen, und alle Verträge, das Volk zu verfassungswidrigen Akten zu treiben, wären mehr als ungeziemend, sie wären verbrecherisch.“ — Nachdem hierauf de Melun über die Petitionen berichtet und gewisse Einmischungen der Behörden getadelt, dagegen den Umfang der Bewegung als einen Beweis von der gedrückten und unglücklichen Stimmung des Landes anerkannt hat, ohne daß sich jedoch wegen der Unsicherheit, die über dem Ausdruck der Wünsche schwebte, der Einfluß derselben auf die Beschlüsse der National-Versammlung vorschreiben lasse, beschließt die Versammlung, die Diskussion über die Verfassungs-Revision Montag den 14. Juli beginnen zu lassen, worauf die Sitzung aufgehoben wird.

Paris, d. 9. Juli. Einem Gerächte zufolge wird der Präsident der Republik gleich nach dem Votum über die Revisions-Frage eine Proklamation an das französische Volk richten.

Es haben sich in der gestrigen Sitzung 30 Redner für die Verfassungsrevision und 25 gegen dieselbe einschreiben lassen; unter ersteren sind D. Barrot, Fallour, Montalibert, Broglie, Parieu, Daru, Bineau, Deugnot, Dufour, Casabianca, Kerdrel und Lesiboudois, unter letzteren J. Favre, E. Arago, Madier de Montjau, Bac, Leo de Laborde, Cabanac, Fabvier, P. Duprat, Charras, Lagrange, Grevy, H. Hugo, Mayer, Desmoussieux de Sivres, Sapatier-Laroché, Creton, Laurent und de Morony. — Die Beschlagnahme von 12,000 Nationalgarde-Uniformen zu Boulogne bestätigt sich. Sie waren in 144 Kisten gepackt, deren Adresse lautete: „An den Herzog von Braunschweig, in der Douanenniederlage von Paris.“ Die Knöpfe der Uniformen trugen den gewöhnlichen Wahlspruch: „Liberté! Or-

dre public!“ Die Zollbehörde zu Boulogne hat 7 um Verhaltungs-befehle hierher geschrieben. Schon früher sollen 18,000 Uniformen mit ähnlicher Adresse in Frankreich eingeführt worden sein. Ueberhand Gerüchte, die meistens L. Napoleon ins Spiel bringen, sind über den Gebrauch, welcher von diesen Uniformen gemacht werden sollte, im Umlaufe.

Großbritannien und Irland.

London, d. 8. Juli. Vom Kriegsschauplatz am Kap hat der gestern Abend in Plymouth angekommene Dampfer „Bosphorus“ die neuesten Nachrichten gebracht. Sie reichen bis zum 31. Mai und sind nicht sehr erfreulicher Natur. Von einer Offensive war bis jetzt im englischen Lager keine Rede. Sir Harry Smith wartet die zugesagten Verstärkungen ab und muß mittlerweile zufrieden sein. King-Williams-Town als Hauptquartier behaupten zu können. Zu einem entscheidenden Treffen ist es seit einigen Monaten nicht gekommen; die feindliche Stimmung der Eingeborenen scheint im Steigen begriffen, und mehrere Häuptlinge, die man für britenfreundlich hielt, sind theils abgefallen, theils sinnen sie auf Abfall. Sir Harry Smith scheint den Raubzügen zu wollen oder zu müssen, bis er eine ansehnliche Macht zur Verfügung hat. Das Dampfschiff „Mulan“ mit dem 74. Regiment Hochländer an Bord war am 12. Mai glücklich am Kap angekommen.

Ueber den Konflikt, in welchen Kardinal Wiseman mit dem Parlament gerathen ist, sagt der Spektator: „Als er eingeladen wurde, vor dem Komitee Zeugniß abzulegen, wick er der Aufforderung durch das Versprechen aus, seinen Sachwalter zu schicken. Der Sachwalter weigerte sich, die verlangten Details mitzutheilen, unter dem Vorwande, daß er sich dadurch einer Verletzung des in ihm gesetzten Vertrauens schuldig machen würde, worauf man sich von Neuem an seinen Mandanten wendete. Dr. Wiseman entzog sich aber noch immer den Nachforschungen des Ausschusses. Jetzt ist eine peremptorische Vorladung an ihn erlassen worden, und man wird ihn lehren, daß hiezulande der geistliche Charakter nicht vor der Jurisdiktion der weltlichen Gerichte sichert.“

Dr. Wiseman, so erzählt man sich ziemlich allgemein in gut-unterrichteten Kreisen, soll vergangene Nacht plötzlich nach Belgien abgereist sein, um der Situation des Unterhauscomité zur Rechenschaftslegung über katholische Stiftungsvermächtnißgelder aus dem Wege zu gehen.

Beleuchtung der neuesten sächsischen Handelspolitik.

Wie es in Deutschland nicht leicht einen Staat giebt, dessen politische Wandelungen in den legt verfloßenen Jahren auffälliger gewesen wären, als die der Diplomaten an der Elbe, eben so wunderbar und vielleicht noch wunderbarer ist die Handelspolitik, welcher jene politische Weisheit hulbigt.

Sachsen war bis zum Anschluß an den Zollverein freihändlerisch, was man damals unter Freihandel verstand. Die Zollrevenue wurden unter dem Segen des sächsischen Freihandels kleiner und kleiner, die Gewerbe sanken, die Messen verödeten, die Kapitalien und der intelligente Unternehmungsgeist wanderten aus, Armuth und Dürftigkeit nahmen zu, ganze Bezirke verfielen der Noth.

Sachsen mußte sich zu seiner eignen Rettung entschließen, sich mit einem größern Handelskörper zu verbinden. Zwei Wege standen ihm offen, eine Verbindung mit Oesterreich oder mit Preußen. Oesterreich forderte unbedingte Unterwerfung unter sein Prohibitivsystem und Entlassung aller Einmischung in die handels- und gewerbepolitische Leitung. Die Verbindung mit Oesterreich wäre eine Entäußerung der mit Eifersucht bewachten sächsischen Souveränität gewesen. Sachsen trat daher zum Zollverein, es unterzeichnete den betreffenden Vertrag am 30. März 1833. Der Zollverein bot in der vertragsmäßigen Gleichberechtigung aller Kontrahenten und in der geforderten Einstimmigkeit bei Beschlüssen ein bequemes Mittel, nicht nur die junge, aus französischen Händen empfangene Souveränität unversehrt zu erhalten, sondern auch dem sächsischen Partikularismus, sogar auf Kosten des Gesamtwohles, Vorschub zu gewähren. Sachsens Gewerbe, Handel und Messen wurden von dem Tage seines Anschlusses an wieder belebt und diese Wohlthat vergalt es vom ersten Augenblicke seiner neuen Verbindung dadurch, daß es im Widerspruche mit seinen eignen finanziellen Interessen und mit dem sichtbar wachsenden Wohlstande seiner Gewerbe, seines Handels und seiner Fabrikation gegen den Zollverein und dessen leitende Macht in Opposition trat und die deutschen Agenten englischer Interessen begünstigte. Die Diplomatie an der Elbe hat diesen Widerstand bis in die letzten Stunden fortgesetzt, nur mit dem Unterschiede, daß es endlich klar geworden ist, daß die Motive dieser Opposition nicht aus der Ueberzeugung von der Vorteilhaftigkeit des freien Handels hervorgegangen sind. Sachsen war der Faiseur der handelspolitischen Projekte Oesterreichs, es unterstützte die Eroberungspläne desselben auf Deutschland, und Sachsen war es, das jene Entwürfe anfertigte, wie Deutschland am Sichersten an den inarrenden und zerbrochenen Finanzwagen der österreichischen Bedürftigkeit gefesselt werden könnte. In den sächsischen Entwürfen war keine Spur freihändlerischen Geistes, die Hauptpositionen gingen weit über die bescheidenen Schutzzölle des Zollvereins hinaus. Der Grund, warum man dies that, lag auf der Hand; die sächsische Politik warb um die Gunst und die Unterstützung der großen Partei, welche sich in Bezug auf die deutsche Nationalarbeit zu den konservativen Grundfäden bekennt. Wenn sich auch Einzelne wirklich vertheilen ließen, die ganze List konnte doch nicht gelingen, weil es zu

deutlich an den Tag trat, daß die sächsische Opposition vom Ansehn an, sowohl in ihrer freihändlerischen als nachher in ihrer österreichisch-schützöllnerischen Richtung, sich nicht viel von einer Intrigue unterschied, deren letzte Absicht dahin ging, Preußens Stellung im Zollverein zu beeinträchtigen, diese Macht auf das Niveau der vier andern Scheinkönige herabzubringen und eine Solidarität royalistischer Interessen zu begründen, in welcher diejenigen Königswürden antinationalen und daher sehr anstößigen Ursprungs eine Garantie an dem zu ihnen hinabgezogenen Gleichberechtigten fänden. Wenn gegen diese Auffassung irgend Zweifel aufkommen könnten, so werden diese durch anderweitige Vorgänge vollständig widerlegt, und es bedarf nur der flüchtigen Erinnerung an den trinitarischen Maibund und dessen Folgen, der geschlossen wurde, um ihn sofort wieder aufzulösen, an den Neurieder Vertrag von Bregenz, an die Münchner Konvention, an die Eschenheimer Klubereignisse, an die vorjährigen Septemberberufungen und, wenn sich die Gerüchte von süddeutscher Kündigung des Zollvereinsvertrages bestätigen sollten, an die in Kurzem antehende Münchener Zusammenkunft zwischen Oesterreich, Baiern und Württemberg.

Nachdem die schützöllnerischen Pläne Sachsens gescheitert sind, nachdem es nicht hat gelingen wollen, wenigstens bis zu diesem Augenblicke, Preußen auch auf dem nationalökonomischen Gebiete zu isoliren und mit Erfolg zu beschiden, hat sich die sächsische Handelspolitik zu ihrer alten freihändlerischen Fahne zurückgewendet, doch auch hier mit dem sichtlichen Bestreben, Preußen in eine Bahn zu drängen, worin es viel empfindlicherer Verluste sicher sein darf, als diejenigen waren, die ihm die bekannte Solidarität der konservativen Interessen, d. h. die Kameradschaft der flüchtigen Kabinete eingebracht hat.

Mit welchen Mitteln Sachsen an die Lösung seiner Aufgabe geht, dafür liegen die Zeugnisse in der sächsischen Gouvernementspresse zahlreich vor Augen. Aber nicht bloß in der Regierungspreffe tritt die sächsische Absicht hervor, sondern auch in den unabhängigeren Blättern.

So schreibt die Deutsche Allg. Zeitung u. A. Folgendes: „Von Hannover vernimmt man, daß dort die Bedenten, welche einer Zollvereinigung mit Preußen vom politischen Standpunkte entgegengesetzt wurden, gegen die größern zu verschwinden scheinen, die das maßlose Auftreten des österreichischen Ministeriums mit Recht hervorruft. Was den finanziellen Standpunkt wie den ökonomischen betrifft, lebt man dort jedoch in der Voraussetzung, daß Preußen durch eine Annäherung an den Steuervereinstarif die Bedenten in dieser Richtung beseitigen werde, und zwar um so mehr, als sein eignes Interesse eine solche Aenderung des bisherigen Zollsystems bedingt und im Prinzip der preussischen Handelspolitik, wie es 1818 ausgesprochen wurde, in der That kein Hinderniß für jene Annäherung besteht, dieses vielmehr einen Tarif vorzeichnet, welchem derjenige des Steuervereins ungleich besser entspricht, als derjenige des Zollvereins mit den Abnormitäten, welche aus einer ungerechtfertigten Nachgiebigkeit gegen die Wünsche der süddeutschen Staaten und die Forderungen einzelner Fabrikanten hervorgegangen sind. Die Aussicht auf jene Annäherung und die Meinung, daß sie im Interesse Preußens liege, scheint um so mehr gerechtfertigt, als es nicht zu verkennen ist, daß bei dem bisherigen Systeme die Fortschritte der preussischen Industrie und die Entwicklung des preussischen Handels eben so wenig als die Zunahme der Zollentnahme mit derjenigen der Bevölkerung, mit der Verbesserung höherer Bildung und mit den natürlichen Reichthümern, deren sich Preußen erfreut, im Verhältnis standen, daß die Fabrikation im Gegentheil trotz aller Fortschritte im Vergleich zum Auslande doch zurückgeblieben ist, da sonst das Begehren nach weiterer Vermehrung der Schutzölle nicht zu erklären wäre, der Verbrauch aber von Fleisch, welcher sonst als ein Maßstab des Wohlstandes betrachtet wird, seit 10 Jahren nicht zugenommen hat und der Staat heute bei dem Antheil an den Zollvereinsentnahmen nur für 2½ Pfund Kaffee und 5

Pfund Zucker jeder Art Steuer bezahlt erhält, während nach der Statistik von 1831 von erstem 4 Pfund, von letzterem 7 Pfund der preussischen Staatskasse versteuert worden sind.“

Soweit der Insinuationsartikel sächsischer Handelspolitik, mit welcher inländische Blätter übrigens Hand in Hand gehen, indem unter Andern um dieselbe Zeit die Preussische Aderzeitung eine ganz ähnliche Polemik gegen den Zollverein aufgenommen hat. Wir werden die Ansichten der Aderzeitung gelegentlich prüfen. Für diesmal sei es gestattet, die handelspolitische Weisheit der sächsischen Diplomatie zu wägen. In der Hauptsache behauptet der obige Artikel:

1) Preußen soll seinen Tarif verlassen und den des Steuervereins annehmen; der Zollverein mit einem Handelsgebiete von 30 Millionen soll einem Gesetze entsagen, dem er die ersten Anfänge seiner Industrie verdankt, und einen Tarif von 2 Mill. annehmen, der bis zu diesem Augenblicke auch nicht einen industriellen Zweig zu schaffen vermocht hat. Preußen soll in den Steuerverein aufgehen, es soll aufhören, die Vormacht des Zollbundes zu sein, es soll freihändlerisch werden und dafür die Gunst gewinnen, daß es möglich sei, Hannover schloße sich Preußen an, d. h. Hannover nähme Preußen, der Kleinstaat nähme den Großstaat, der Industriearme den Industriekräftigen auf.

2) Das preussische Zollgesetz vom 26. Mai 1818 sei wesentlich freihändlerisch und stehe daher dem Tarife des Steuervereins näher als der gegenwärtige Vereinstarif.

3) Der gegenwärtige Vereinstarif sei wesentlich schützöllnerisch und diese schützöllnerischen Abnormitäten seien dem Zollverein durch die süddeutschen Regierungen aufgedrängt worden.

4) Die preussische Industrie, der preussische Handel und die preussischen Zolleinnahmen hätten nicht diejenigen Fortschritte gemacht, die sie gemacht haben würden, wenn die schützöllnerischen Handelsbeschränkungen unterblieben wären; die Industrie des Auslandes sei ungleich weiter. Endlich

5) Die Staatskasse habe sich bis 1831 in Preußen besser gestanden, der Verbrauch der Kolonialen sei bis dahin ein viel größerer gewesen, damals sei ein Verzehr von 4 Pfund Kaffee und 7 Pfd. Zucker auf den Kopf gekommen, jetzt 2½ Pfd. Kaffee und 5 Pfd. Zucker.

In den folgenden Aufsätzen wollen wir die letzten vier Einwände und Behauptungen einer kurzen Prüfung unterwerfen.

Kunst-Nachricht.

Es ist den Bemühungen des Herrn Direktor Bredow gelungen, unsere werthen Leipziger Gäste noch für zwei Vorstellungen an unsere Bühne zu fesseln. Dieselben werden zunächst am Montag in dem seit Jahren hier so beliebten Stücke: „Dorf und Stadt“ aufzutreten. Frau. Schäfer erfreut sich des wohlbegründeten Rufes, eine der besten Spielerinnen der „Börse“ in Deutschland zu sein. Daß Herr Kläger und Herr Deek sehr tüchtige Leistungen als „Lindenwirth“ und „Reinhard“ geben werden, ist wohl einem Jeden ungewisselhaft. — Das letzte Auftreten der Gäste wird in ihrer Benefiz-Vorstellung am nächsten Mittwoch stattfinden. Zu derselben haben sie ein Stück gewählt, auf das wir schon im vorigen Winter mehrfach aufmerksam zu machen Gelegenheit fanden. Die Aufführung war bis jetzt immer nicht möglich, um so mehr freut es uns, daß wir endlich die feine, geistreiche Arbeit auf unsern Brettern sehen werden. Scribes „Erzählungen der Königin von Navarra“ haben, nachdem sie im théâtre francais zu Paris den eminentesten Succes gehabt, ihren Weg über alle deutsche Bühnen von Rang gefunden und sind überall mit demselben ungewöhnlichen Beifall aufgenommen worden. Das Stück steht mit dem berühmten „Das Wasser“ auf dem Höhepunkte der Scribeschen Kunst und zeichnet sich, wie dieses, durch eine wunderbar kunstvoll verflochtene Intrigue, effectreiche Spannung und höchst elegants, gefeilter Sprache aus. — Wir hoffen, daß sich das Interesse des Publikums in recht zahlreichem Besuche dieser Vorstellungen betheiligen wird. F.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Nachdem bereits die ersten vorbereitenden Schritte zur Einführung der neuen Kirchen-Gemeinde-Ordnung gethan sind, müssen nunmehr die Einleitungen zu der Wahlverhandlung getroffen werden.

Dazu gehört vor Allem die Aufstellung der Listen der sämtlichen stimmberechtigten Gemeindeglieder der einzelnen Parochien. Mit der Aufnahme dieser Listen werden in jeder Parodie der hiesigen 5 Kirchen (a. zu Unserer Lieben Frauen, b. zu St. Ulrich, c. zu St. Moritz, d. zu St. Georgen in Glaucha und e. zu St. Laurentii auf dem Neumarkte) die betreffenden Rüster Seitens der Parochialvorstände beauftragt werden und Erstere zu diesem Behufe in der nächsten Zeit in jedes einzelne Haus der Parodie sich begeben, um an Ort und Stelle die erforderlichen Eintragungen in die Liste vorzunehmen.

Damit nun aber diese Listen möglichst vollständig aufgenommen und stimmberechtigte Gemeindeglieder darin nicht übergangen werden,

so veranlassen wir die Hausbesitzer, den betreffenden Rüstern, sobald sie sich zu dem bezeichneten Zwecke bei ihnen melden, ihre Hausbücher zur Einsicht unweigerlich vorzulegen.

Wir wollen hierbei, im Vertrauen auf den bekannten guten Sinn der hiesigen Hausbesitzer erwarten, daß sie zur Erleichterung des an und für sich schwierigen Geschäftes, die Einsicht der Hausbücher nicht allein bereitwillig gestatten, sondern auch gern überall da mit Ertheilung von Auskunft den Herren Rüstern zur Seite stehen werden, wo eine solche gewünscht oder notwendig erscheinen sollte.

Halle, den 9. Juli 1851.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Die unter Nr. 78 des Hypothekenbuchs von Schepplin eingetragene, dem Müller Johann Gottlob Better daselbst gehörige **Schiffmühle**, welche mit Einschluß des neubauten, unmittelbar an der Mulde bei

Schepplin belegenen Wohnhauses mit Zubehör auf

5315 *R* — *gr* — *l*

abgeschätzt ist, soll

am 14. Januar 1852

von Vormittags 11 Uhr ab

an hiesiger Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die neueste Karte und der Hypothekenschein können in unserer Registratur eingesehen werden.

Eilenburg, den 28. Juni 1851.

Königl. Preuss. Kreisgericht, I. Abthg

Gartengrundstücks-Verkauf.

Ein dicht bei der Stadt gesund gelegenes Gartengrundstück, mit freier, schöner Aussicht nach Siebichenstein, 3½ M. Morgen haltend, zum Anbau mehrerer oder eines großen Etablissements vorzüglich geeignet, hat zu verkaufen im Auftrag J. G. Fiedler in Halle, kl. Steinstr. Nr. 209.

Schulvorschriften und Zeichenvorlagen in größter Auswahl in der Buchhandlung von F. Kuhnt in Eisenach.

Ganze, halbe und Viertel-Loose zu der am 16. Juli d. J. beginnenden Ziehung der 1ten Klasse 104ter Lotterie sind bei dem Unterzeichneten von jetzt bis zum Ziehungstage zu den Plan-Preisen, Pläne gratis zu bekommen. Auswärtige wollen mir ihre Bestellungen schriftlich zukommen lassen.

Der Königl. Lotterie-Einnehmer Lehmann in Halle.

Unterricht in der Stenographie.

Ein dritter öffentlicher Cursus der Stenographie, wöchentlich 4 Lehrstunden, wird demnächst seinen Anfang nehmen. Indem der Unterzeichnete zur Betheiligung an demselben einladet, gestattet er sich noch folgende Bemerkungen:

1) Von den jungen Männern, welche bis jetzt den stenographischen Vorlesungen beiwohnten, haben zwei nimmehr vollständig ausgearbeitet, dergestalt, daß sie die Predigten des Herrn Sup. Dr. Tiemann, des Herrn Cand. min. Höflau u. d. h. schriftlich getreu zu stenographiren vermögen.

2) Der eigentliche Unterricht schließt mit Erreichung dieses Ziels ab. Um indessen den Schülern Gelegenheit zu ferneren Übungen darzubieten, hält der Unterzeichnete unentgeltlich alle Montage früh von 6—7 Uhr eine Repetitionsstunde, in welcher die Glaucha'sche Predigt des vorausgegangenen Sonntags vom stenographischen Standpunkte aus recapitulirt wird.

3) Subscriptions-Lustigen, welche die Lehrmethode des Unterzeichneten kennen zu lernen wünschen, steht das ein- oder mehrmalige Hospitiren im 2. Cursus: Montags, Dienstags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends Abends von 8—9 Uhr frei.

4) Für notorisch oder nachweislich Unbemittelte findet eine Preisermäßigung statt; ebenso für Schüler hiesiger Lehr- und Pensionsanstalten, Studierende, Lehrer, Schriftsetzer u. s. w.

5) Auf schriftliche Empfehlung hiesiger Notabilitäten wird ganz unbemittelten Personen die Theilnahme an dem Unterrichte unentgeltlich gestattet.

Gustav Dießsche,
Lehrer der Stenographie,
am Hospitalplatz Nr. 1994 c.

Eine polytechnische Bibliothek für 4 Thlr.

Die Bände 25—33 des Berliner Gewerbe-Blattes (Jahrgang 1847—1850), enthaltend eine Menge der gediegensten Artikel über alle technische Erfindungen der neueren Zeit und mehrere tausend wichtige technologische Mittheilungen und Aufsätze sind zu haben in Halle in G. C. Knapps Sort.-Buchh. (Schroedel & Simon) und in Cönnern bei A. Lossier.

Echt Bairisch-Bier (Culmbacher),

anerkannt als das schönste und kräftigste, empfiehlt in neuer Zufundung und verkaufe solches in Seidel, Flaschen, Kleinen und großen Gebinden billigt.

C. J. Scharre, „zur Börse“.

Zu meinem Lokal wird nur auf Eis liegendes Bier verabreicht.

Bekanntmachung.

Ich beabsichtige meine in hiesiger Stadt auf der Elbstraße belegenen Grundstücke, bestehend aus:

- 1) einem Wohnhause, worin gegenwärtig Schenkewirthschaft und Brauerei betrieben wird, auch eine Brennerei vorhanden ist, nebst sonstigen bedeutenden Räumlichkeiten;
- 2) einem daneben liegenden Wohnhause mit 9 Stuben, 12 Kammern, Küchen, Keller u., großem Hofraum, Scheune und bedeutenden Stallungen, früher zur Dekonomie benutz, im Ganzen oder getrennt, öffentlich an den Meistbietenden zu verkaufen, und habe hierzu einen Bietungstermin auf

den 29. Juli d. J. Vormittags 9 Uhr in meiner Gaststube anberaumt, wozu ich Kaufliebhaber mit dem Bemerkten einlade, daß die Bedingungen im Termine bekannt gemacht werden, aber auch schon vorher bei mir und bei dem Privatsecretair Eichelmann zu Calbe a/S. zu erfahren sind. Die Grundstücke können von jetzt ab in Augenschein genommen werden. Dieselben eignen sich auch wegen ihrer guten Lage zu jedem anderen Geschäfte und wird dem Käufer zugleich ein gutes Inventarium mit übergeben werden.

Wittve Bethge, geb. Meyer, in Schönebeck.

Mit Bezug auf vorstehende Bekanntmachung erkläre ich mich bereit, dem Käufer der meiner Schwieger Tochter gehörigen Deconomie-Wirthschaft, meine in hiesiger Feldmark belegenen 30 Morgen Aecker käuflich zu überlassen.

Schönebeck, den 6. Juli 1851.

Bethge.

Neue Musikalien.

Bei C. E. M. Pfeffer (Schwetschke'sche Sort.- u. Musikalienhandlung) in Halle ist zu haben:

- Franz, R.**, op. 13. Dichtungen von Max Waldau für eine Singstimme mit Pianoforte-Begleitung. 20 Sg.
- Dessen** op. 14. 6 Gesänge für eine Singstimme m. Pianof.-Begl. 20 Sg.
- Otto, J.**, 5 Lieder für Männergesang. 2 Hefte. a 15 Sg.
- Kücken**, Transcriptionen für Pianoforte. Op. 47 Nr. 3. Lied: „Die stille Wasserrose.“ 15 Sg.
- op. 52 Nr. 2. Winter: „Nun weht auf der Haide.“ 15 Sg.
- Osborne, G. A.**, op. 84, 1. Marche triomphale p. le Piano. 12 1/2 Sg.
- op. 84, 2. Le souvenir. Caprice brill. sur un air à Mem. p. Piano. 12 1/2 Sg.
- Mayer, Ch.**, op. 144. Fleur de Salon. Nocturne p. le Piano. 18 Sg.
- Herzog, A.**, Hans- und Gretchen-Polka f. Pianoforte. 5 Sg.

Eine Wittve im mittleren Alter, in allen Verhältnissen erfahren, und von verschiedenen Seiten gut empfohlen, sucht baldigst eine passende Stellung entweder als Wirthschafterin bei einem älteren Herrn oder Dame, oder auch als Pflegerin bei einem Kranken. Hierauf Reflectirende erfahren das Nähere in Halle, Geiße'sche Nr. 1254.

900 Rthl. Kindergeld, auf Hypothek, durch J. F. W. Schulze Nr. 1494.

Dietrich, Bandagist, Klausstraße, erster Laden vom Markte, empfiehlt Bandagen jeder Art.

Gebauer-Schwetschke'sche Buchdruckerei in Halle.

Missionsanzeige.

Der Missionsverein in der alten Grasschaft Mansfeld gedenkt, so Gott will, nächsten Mittwoch, den 16. d. M., Nachmittags 2 Uhr in der Kirche zu Schraplau ein Missionsfest zu feiern.

Der Missions-Hülfsverein für Alsleben und Umgegend ladet Freunde der Mission, Mittwoch den 23. Juli, zu einem Missionsfeste nach Friedeburg an der Saale ein. Der Gottesdienst beginnt um 1 1/2 Uhr Nachmittags.

Mittwoch den 16. d. M. Singverein in Rieberg. (Jahresfest.)

Weintraube.

Sonntag Concert.

Wittig.

Promenade Nr. 1487 ist eine Etage, bestehend aus 4 Stuben, 4 Kammern, Küche und Zubehör vom 1. October an zu vermieten. Das Nähere Nr. 954.

Eine Fis-Harmonika, D

von sehr angenehmem, starken Orgelton, Mahagoniholz, schön gebaut, welche die Stelle eines Positivs ersetzt, und sehr gut in eine Schule oder kleine Kirche gebraucht werden kann, ist zu verkaufen bei F. Sueniche in Halle, wohnhaft kleiner Sandberg Nr. 277.

Sorrente-Citronen

erhielt wieder frische Zufundungen und offerire dieselben in Kisten und ausgezählt billigt.

Julius Kramm.

Messinaer Apfelsinen

erhielt heut die letzte Zufundung, welche hierdurch bestens empfehle.

Julius Kramm.

Familien-Nachrichten.

Entbindungs-Anzeige.

Freunden und Bekannten mache ich hiermit die frohe Anzeige, daß heut Morgen 10 Uhr meine Frau Luise geborne Rosenthal von einem munteren Knaben schnell und glücklich entbunden worden ist.

Duerfurth, den 10. Juli 1851.

Der Königl. Rechtsanwalt und Notar Hendrich.

Verbindungs-Anzeige.

Unsere gestern zu Teuditz vollzogene eheliche Verbindung beehren wir uns theilnehmenden Verwandten und Freunden hiermit ganz ergebenst anzuzeigen.

Kriegstädt, den 11. Juli 1851.

Friedrich Wilhelm Voigt, Pfarrer, Johanna Voigt, geb. Barthold.

Todes-Anzeige.

Am 3. d. M. Abends 8 1/2 Uhr starb unsere jüngste Tochter Friederike Gaase. Den 9. d. M. Abends 11 Uhr entschlief sanft unsere größte Tochter Luise, so wie den 10. huj. früh 10 1/2 Uhr unser kleinster lieber Sohn Oskar Gaase. Dies zeigen wir Freunden und Bekannten, mit der Bitte um stillen Beileid, ergebenst an.

Benkendorf, den 11. Juli 1851.

Die tieftrauernben Hinterbliebenen.

Der Hallische Courier

(im Schwetschke'schen Verlage)

Beitung für



Stadt und Land.

In der Expedition des Hallischen Couriers (Schwetschke). — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 320.

Halle, Sonnabend den 12. Juli
Zweite Ausgabe.

1851.

Der Vierteljährliche Abonnements-Preis beträgt für unsere unmittelbaren Abnehmer 22½ Sgr.

Die auswärtigen Bestellungen auf unsere Zeitung bitten wir bei den Königlichen Postanstalten unter Angabe unseres Zeitungstitels

Hallischer Courier bei Schwetschke

zu machen und alle brieflichen und sonstigen schriftlichen Zusendungen von Bekanntmachungen zc. unter der Adresse:

An die Expedition des Hallischen Couriers (Schwetschke)

an uns gelangen lassen zu wollen.

Deutschland.

Berlin, d. 10. Juli. Das Correspondenz-Bureau, dessen halb-

offizielle Stellung mehrmals hervorgehoben wurde, sollte heute die Gerichte von

Durch Be

M. sind die D

Sachen und

vinziallandtags

fortbesteht, für

vinziallandtags

laufs der Wah

tion zc. erfolge

Das Min

Augustenburg b

einzutreten gen

Herzog sich nie

im Namen De

schuldig gemach

folgte Konfiska

es Nicht des

von Dänemark

zu verhelfen.

Botum des pr

zu Gunsten de

den Ausschlag

anlassung zur

Ausschusses wu

Darmstadt, der

gewählt worden

Der „Sä

ständige Ueberf

Ernte aus dem

sterium für lan

den Landrathä

die Totalfläche

und wie viel d

fischen Morgen

sultat der Ernt

Erbsen, den D

den Kartoffeln

und den Zuckerrüben

unter den A

weizen: gut, mittelmäßig, schlecht, direkt an das Ministerium zu erstatten. Zum 15. Aug. ist ein zweiter Rapport einzureichen.

Das Sigmaringer „B. u. W. Bl.“ enthält das Gesetz über die Einführung des Strafgesetzbuchs für die preussischen Staaten vom 14. April 1851, wonach das Strafgesetzbuch im ganzen Umfange der Monarchie mit dem 1. Juli 1851 in Kraft tritt; — und eine Bekanntmachung, die Wahlen zur ersten und zweiten Kammer in den hohenzollernischen Landen betreffend, wonach die für die Wahlen erforderlichen Vorarbeiten nunmehr ungefähr in Angriff zu nehmen sind.

Man schreibt dem Constitutionellen Blatt aus Böhmen aus Wien vom 8. Juli: Das Projekt Preussens, mit dem Großherzogthum Posen und seinen Pflzepprovinzen aus dem Deutschen Bunde austreten zu wollen, ist, wie man mich versichert, vor etlichen Tagen ein Gegenstand der Verhandlung zwischen dem Fürsten Schwarzenberg und dem Grafen Arnim gewesen. Der Graf soll nämlich erklärt haben, daß Preußen, um mit allen revolutionären Kombinationen der

verflorenen drei Jahre auf das entschiedenste zu brechen, dieses Projekt gefaßt habe, inessen die Ausführung lediglich von der Haltung Oesterreichs wegen des Gesamteintritts in den Bund abhängig machen werde. Graf Arnim ersuchte um eine bestimmte Erklärung, die ihm der Fürst auch alsogleich gab und welche dahin ging, daß Preußen in seinem Verfahren nach eigenem Willen thun möge, während Oesterreich eine gleiche Handlungsweise für sich beanspruche.

Altona, d. 9. Juli. Von den schleswighischen Flüchtlingen sind hier und in Kiel nur noch äußerst wenige anzutreffen. Die Erlaubnis zur temporären Rückkehr zur Ordnung ihrer Verhältnisse haben gar viele benutzt. Das dieserhalb zu unterzeichnende Formular lautet ungefähr folgendermaßen:

Aufenthaltsort und Datum. N. N. ersucht allerunterthänigst um Erlaubnis, nach dem Herzogthum Schleswig zurückkehren zu dürfen. An den König! Der Unterzeichnete, welcher seine Heimath unter den Unruhen der letzten Jahre verlassen hat, wünscht zu dem Zwecke (hier wird der Zweck angegeben) auf kurze Zeit zurückzukehren. Ich wage es deshalb, hierdurch allerunterthänigst um die allergnädigste Erlaubnis zu ersuchen, meinen Aufenthalt auf (Tage oder Wochen) in dem Herzogthum Schleswig, und zwar in N. N. nehmen zu dürfen, unter den Bedingungen, welche Ew. Majestät mir vorzuschreiben geruhen möchten. Allerunterthänigst N. N.

Hamburg, d. 9. Juli. Für das Prostrlose unserer Zustände liefert die neuerdings geschehene Verhaftung eines hamburgischen Staatsangehörigen, der einen bereits geschlichteten Streit mit österreichischen Soldaten gehabt hatte, durch eine von Altona entsandte Patrouille und seine Abführung auf fremdes, holsteinisches Gebiet ein redendes Beispiel. — Als ein noch traurigeres Zeichen der jetzigen Constellation, ein wenigstens noch isolirt dastehender Beweis dafür, daß die Unfreiheit nicht bloß in der Gestalt eines rohen, äußeren Zwangs auftritt, sondern in's Innere dringt, die Gemüther unterjocht, verdient erwähnt zu werden, daß die Wirthe von Eimsbüttel und Eppendorf, die durch die Abstellung der gleichnamigen Jahrmärkte einen namhaften Verlust erleiden, sich an den kaiserlichen Oberbefehlshaber mit der Supplik gewendet haben, die Abhaltung dieser Jahrmärkte gnädigst gestatten zu wollen. Der Höchstkommmandirte soll sich durch dieses Ansuchen höchlich geschmeichelt gefühlt und zugesichert haben, die einschlägigen Schritte in dieser Angelegenheit zu thun. Es steht nun zu hoffen, daß unser Senat, welcher das Verbot, wenn auch nicht auf die Anforderung, aber doch in Rücksicht auf die Oesterreicher erlassen, dasselbe nun auch standhaft aufrecht erhalten werde, damit nicht dem Befehlshaber einer fremdberlichen Kruppe der Wahn beschleiche, daß er hier nicht nur die Macht zu binden, sondern auch die zu lösen habe. (E. 3.)

Italien.

Rom, d. 1. Juli. Der Papst ist nach Castel-Sandolfo abgereist.

Frankreich.

Paris, d. 8. Juli. In der heutigen Sitzung der National-Verammlung verlas Tocqueville den Bericht der Revisions-Kommission. Folgendes sind die Haupt-Gedanken seines Berichts: „Die Revisions-Kommission hat sich die beiden Fragen stellen müssen: Ist die gegenwärtige Verfassung überhaupt mangelhaft, so daß sie einer Revision bedarf, und wenn dies der Fall ist, sind die Mängel so bedeutender Art, daß die Revision dringend notwendig wird? Niemand hat die Mängel der Verfassung bestritten. Allein eine Minorität der Kommission hat eingewandt, daß sie nur, wie jedes Men-